

Bundesministerium für Justiz und
Verbraucherschutz
Mohrenstraße 37
10117 Berlin

Institut der Wirtschaftsprüfer
in Deutschland e.V.

Wirtschaftsprüferhaus
Tersteegenstraße 14
40474 Düsseldorf
Postfach 32 05 80
40420 Düsseldorf

TELEFONZENTRALE:
+49 (0) 211 / 45 61 - 0

FAX GESCHÄFTSLEITUNG:
+49 (0) 211 / 4 54 10 97

INTERNET:
www.idw.de

E-MAIL:
info@idw.de

BANKVERBINDUNG:
Deutsche Bank AG Düsseldorf
IBAN: DE53 3007 0010 0748 0213 00
BIC: DEUTDE33XXX
USt-ID Nummer: DE119353203

Düsseldorf, 23. August 2016

564

Referentenentwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Berufsaner- kennungsrichtlinie und zur Änderung weiterer Vorschriften im Bereich der rechtsberatenden Berufe

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben aufgrund der Stellungnahmen anderer Berufsorganisationen von dem Referentenentwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Berufsaner-
kennungsrichtlinie und zur Änderung weiterer Vorschriften im Bereich der rechtsberaten-
den Berufe Kenntnis erlangt. Da einige Neuregelungen auch den Berufsstand
der Wirtschaftsprüfer betreffen, möchten wir Ihnen auch nach Ablauf der Frist
zur Stellungnahme unsere Anmerkungen zu dem Gesetzesvorhaben übermit-
teln. Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie unsere Hinweise im weiteren Ver-
fahren berücksichtigen.

Der Referentenentwurf sieht u.a. eine Änderung der Vorschrift des § 53a StPO
vor. Das Zeugnisverweigerungsrecht soll ausgeweitet werden auf Personen, die
an der beruflichen Tätigkeit der Berufsgeheimnisträger mitwirken, so z.B. auf
Personen, die im Rahmen einer Beauftragung an der beruflichen Tätigkeit des
Berufsgeheimnisträgers mitwirken.

Die vorgesehene Anpassung des § 53a StPO begrüßen wir ausdrücklich. Sie
entspricht auch der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts im Be-
schluss vom 12.01.2016, 1 BvL 6/13. Das Bundesverfassungsgericht weist in
diesem Beschluss darauf hin, dass bereits nach geltendem Recht alle Personen
als Gehilfen im Sinne des § 53a StPO anzusehen sind, die in einem unmittelba-
ren Zusammenhang mit der Berufsausübung des Geheimnisträgers stehende

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND:
Prof. Dr. Klaus-Peter Naumann,
WP StB, Sprecher des Vorstands;
Dr. Klaus-Peter Feld, WP StB;
Dr. Daniela Kelm, RA LL.M.

Seite 2/2 zum Schreiben vom 23.08.2016 an Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz

Tätigkeit ausüben, ohne dass ein soziales Abhängigkeitsverhältnis bestehen muss.

Die Umbenennung der Hilfspersonen bzw. Gehilfen in "Personen, die an der beruflichen Tätigkeit des Berufsgeheimnisträgers mitwirken" wirft jedoch auch Fragen auf. In der Begründung des Referentenentwurfs wird – unseres Erachtens zur Recht – darauf hingewiesen, dass damit auch solche Personen in den Schutzbereich des § 53a StPO-E einbezogen werden sollen, die an der Tätigkeit des Berufsgeheimnisträgers nicht aufgrund eines Anstellungsverhältnisses, sondern im Rahmen der Beauftragung eines externen Dienstleisters teilnehmen (vgl. S. 245 des Referentenentwurfs). Da im vorgeschlagenen Gesetzestext jedoch auf die Mitwirkung bei der beruflichen Tätigkeit abgestellt wird und die „berufliche Tätigkeit“ der Berufsgeheimnisträger in erster Linie in der Auftragsbearbeitung – z.B. Durchführung einer Prüfung, Erbringung von Beratungsleistungen – liegt, könnte dies enger ausgelegt werden, als dies entsprechend der Begründung bezweckt ist. Um Klarheit hinsichtlich der Einbeziehung auch solcher Personen in den Schutzbereich des § 53a StPO zu erlangen, die aufgrund eines Dienst-, Werk- oder Geschäftsbesorgungsvertrags als selbstständige externe Dienstleister an der beruflichen Tätigkeit mitwirken, sollte der Begriff der "Mitwirkung" im Gesetzestext klarer gefasst werden. Dies kann durch explizite Einbeziehung auch rein administrativer Tätigkeiten erfolgen. Die Differenzierung zwischen unmittelbarer und mittelbarer Mitwirkung in der Gesetzesbegründung trägt hingegen nicht zur Klarheit bei. Denn gerade bei IT-Dienstleistern ist es fraglich, ob diese als unmittelbar mitwirkende Personen zu qualifizieren sind.

Eine Änderung des § 53a StPO sollte außerdem die Anpassung des § 203 Abs. 3 S. 2 StGB nach sich ziehen. Da die Begrifflichkeiten in beiden Normen nahezu gleich sind, muss eine Umbenennung des Personenkreises in „mitwirkende Personen“ zwingend auch dort nachvollzogen werden.

Darüber hinaus erscheint vor dem Hintergrund der zunehmenden Digitalisierung der Tätigkeiten der Berufsgeheimnisträger eine grundsätzliche Anpassung des Rechtsrahmens des § 203 StGB an die Berufspraxis erforderlich. Wir werden uns mit dieser Frage in unseren Gremien befassen und würden Sie gerne anschließend über unsere Überlegungen informieren und uns mit Ihnen austauschen.

Bei Fragen können Sie selbstverständlich auf uns zukommen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Kelm